

auch hierzu das statistische Material beschafft von dem Geschäftsführer des Verbandes und von dem Bureau des Bundes der Landwirthe, und zwar aus den Jahren 1890 und 1894, also vor und nach den Handelsverträgen. Darnach betrug die Einfuhr:

an Blumen und dergleichen im Jahre	1890	28 000	Ctr.
„ „ „ „ „ „	1894	44 000	„
„ Gewächsen, Blumenzwiebeln etc., hauptsächlich aus Holland und Belgien	1890	121 000	„
„ „ „ „ „ „	1894	146 000	„
„ Gemüse (Kartoffeln nicht mit inbegriffen)	1890	1 000 000	„
„ „ „ „ „ „	1894	1 500 000	„

Diese Zahlen beweisen doch gewiss, dass gegenüber einem solchen Anwachsen des Imports die deutschen Gärtner unmöglich mitkommen könnten und die einheimischen Produkte unterliegen resp. minderwerthig werden müssten. Wenn von gewisser Seite gesagt würde, die Nachfrage darnach müsste doch vorhanden sein, so müsste er das entschieden verneinen, denn nur der Umstand, dass im Süden viele Sachen zweimal geerntet werden könnten, während bei uns nur einmal, dazu die verhältnissmässig billigen Transportmittel geben den südlichen Produzenten die Möglichkeit, nach Deutschland zu exportiren. Es sei früher der Bedarf von deutschen Gärtnern gedeckt worden und er könnte auch heute noch infolge der Verbesserung der Kulturen vollauf gedeckt werden. Frühgemüse würde heute so viel von Italienern hergeschafft, dass das einheimische keinen Werth mehr habe, und in späten Gemüsen, z. B. Kohl, kommen grosse Mengen von Holland und Dänemark herein. Während Deutschland von Oesterreich, Italien und Frankreich wohl viel einführe, aber nur verschwindend wenig dahin exportirt werden könnte, hätte Russland seine Grenzen dafür gesperrt oder mit solchen Zöllen belegt, dass eben ein Hinschicken unmöglich sei. Durch alle solche Verhältnisse sei der Gärtner gezwungen, sich mehr um die Gesetzgebung zu bekümmern, um ferner mehr dagegen sich schützen zu können. Sodann berührt er die Grundwerthsteuer, welche in der Umgegend von Berlin ungeheuer hoch ist, und bringt einen Bericht der Steuerkommission der Zehlendorfer Gemeinde hierüber zur theilweisen Verlesung, welchen er für sehr gut befindet und zur Beachtung empfiehlt. Die Gärtnerereien, selbst wenn sie an Strassenfronten und vortheilhaft liegen, als Bauterrain abzuschätzen, sei entschieden falsch, da wohl der Gärtner sein Grundstück in erster Linie zum Betriebe seines Gewerbes habe. Den Reklamationsweg empfiehlt er nicht zu unterlassen, zumal die Termine zur Einreichung der Reklamationen sehr kurz bemessen seien. Die Beseitigung des Hausirhandels, welcher ebenfalls ein Unglück für die Bewohner des platten Landes sei, sei ja bereits, wenigstens mit Bäumen, Sträuchern, Sämereien etc., in der Novelle zur Gewerbeordnung vorgesehen, was als ein Verdienst des Verbandsvorstandes hervorgehoben zu werden verdiene. Die Regelung des Lehrlingswesens bespricht er eingehend und betont, dass sich die Produktivstände ein Beispiel an der Organisation anderer Stände nehmen müssten, da diese letzteren doch nur durch ihr einmüthiges Zusammengehen das erreicht hätten, was sie bezweckten. Er empfiehlt deshalb, die Gelegenheit des Anschlusses an die Landwirtschaftskammern, welche in der Bildung begriffen sind, nicht zu versäumen. Dieselben würden jedenfalls in Sektionen eingetheilt werden, so dass die Gärtnerei darin sehr wohl eine Unterstützung finden kann. Zum Schluss warnt er noch, verantwortliche Posten als Ehrenämter zu vergeben, denn Leute, die was leisten sollen und von denen was verlangt wird, müssen auch genügend bezahlt werden. Er führte verschiedene Beispiele dafür an. Eine ganz durchgreifende Reform und Aenderung würde überhaupt erst mal richtig zu erwarten sein, wenn eine Zwangsorganisation bestehe, freiwillige Organisationen seien sehr gut, können aber doch niemals so viel erreichen wie erstere. Nachdem Herr Oberamtmann Ring so in fast zweistündiger Rede seine Ansichten entwickelt hatte, zeigte ein allseitiges Bravo, dass er die Wünsche der Gärtner in richtiger Weise aufgefasst habe. Der nächste Redner, Herr v. d. Smissen, erachtete gleichfalls einen obligatorischen Zusammenschluss für nöthig. Betreffs der Gewerbesteuer sei schon 1890 von Magdeburg die Steuerfreiheit angestrebt worden, bei den damaligen Verhältnissen sei jedoch eine kräftige Stellungnahme unterblieben. Politische Unkenntniss und Lässigkeit der Gärtner seien damals gleichfalls schuld gewesen, dass heutige Zustände bestehen, nunmehr sei aber schon mehr Leben und Interesse dafür entstanden, so dass in Zukunft nicht mehr so stillschweigend Alles hingenommen werden würde. Für Gewerbesteuerveranlagung seien den Vorsitzenden der Steuerausschüsse die Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts massgebend, obgleich, wie schon der Herr Vorredner bemerkt, fassbare Gründe darin effektiv nicht zu finden seien. Bezüglich der Grundwerthsteuer sei bereits schon eingehend vorgearbeitet, so dass hiergegen die Mitglieder wohl in allen Gemeinden hinreichend informirt seien. Wenn wir vorläufig auch nur Personenorganisation hätten, so sei dieselbe z. Z. doch bereits so gut fundirt, dass wir sehr wohl damit zufrieden sein und darauf weiter arbeiten können, er bitte nur recht dringend, nach aussen dahin zu wirken, dass alle Mitglieder fest zusammen-

halten und neue Mitglieder hinzukommen, dann würden die gesteckten Ziele auch erreicht werden. Herr Junge vertritt ebenfalls die Idee, dass eine Zwangsorganisation nöthig ist. Da aber z. Z. eine besondere Organisation der Gärtnerei nicht zu erlangen sei, so hält er die Einrichtung von Sektionen für die gärtnerischen Angelegenheiten in den Landwirtschaftskammern für nothwendig, indem vom Handwerk eine bessere Vertretung nicht zu erwarten sei. Wenn man nicht gleich das Bessere bekommen könne, so müsse man sich wenigstens bemühen, das Gute zu bekommen. Er weist darauf hin, dass infolge seiner Erörterungen über diese Angelegenheit im Handelsblatte eine Anzahl gärtnerischer Vereine der Provinz Brandenburg den Oberpräsidenten, welcher bis zur Konstituierung der Kammer deren Obliegenheiten wahrzunehmen hat, gebeten haben, die Einrichtung einer Sektion für Gärtnerei und Obstbau zu befürworten und dafür zu sorgen, dass diese Angelegenheiten in der Kammer auch von einem Fachmann bearbeitet werden. Er bespricht sodann noch die Vertretung der Gärtnerei im Ministerium. Wir hätten nicht verlangt, dass ein Rath nur mit den gärtnerischen Angelegenheiten beschäftigt werden solle, sondern es solle nur ein Rath die Verpflichtung erhalten, alle Gesetze und Verordnungen daraufhin zu prüfen, welche Wirkung sie auf die Gärtnerei ausüben, und alle die Gärtnerei und den Obstbau betreffenden Angelegenheiten bearbeiten. Nach der Antwort des Ministers von Heyden sei das bisher nicht der Fall. Thatsächlich sei auch, so weit bekannt, nur ein Dezernat für die gärtnerischen Unterrichtsanstalten vorhanden. Er erinnert daran, dass der frühere Inhaber dieses Dezernates, der verstorbene Geh. Oberregierungs-Rath Dr. Singelmann, sich allerdings auch in wohlwollendster Weise der Gärtnerei gegenüber verhalten habe, und dass er selbst seine Liebeshwürdigkeit stets dankbar empfunden habe. Diese Thätigkeit des Verstorbenen sei aber eine freiwillige gewesen. Er hatte nicht die Aufgabe und Pflicht, Gesetzentwürfe und Verordnungen vor der Berathung im Staatsministerium auf ihre Anwendung und Wirkung in Bezug auf die Gärtnerei zu prüfen, und damit auch wohl nicht das Recht, diesbezügliche Vorschläge zu machen. Das Gewerbesteuergesetz z. B. hätten wir in der Fassung wohl kaum bekommen, wene die von uns erstrebte Einrichtung damals im landwirthschaftl. Ministerium vorhanden gewesen wäre. Der Fragen, welche in dieser Abtheilung zu behandeln sind, giebt es eine grosse Anzahl. Sobald sie eingerichtet sei, würde es sich sehr bald zeigen, dass ein Beamter mit der Bearbeitung der diesbezüglichen Angelegenheiten vollauf zu thun habe. Nachdem Herr Lenz noch seine Sache betreffs der erhaltenen Medaillen zum Besten gegeben hatte, welche bereits früher schon im Handelsblatt erwähnt worden ist, nimmt Herr Görnis Bezug auf die Mittheilung des Herrn Oberamtmann Ring betreffs Buchführung und fordert alle Collegen auf, solche noch zu lernen oder mindestens sich Bücher führen zu lassen, was ja nur in ganz einfacher Weise zu geschehen brauche. Bei den jetzigen Steuerverhältnissen sei aber jeder Gärtner gezwungen, Bücher zu führen, um genauen Ausweis über seine Einnahmen und Ausgaben geben zu können. Nachdem Herr Oberamtmann Ring nochmals das Wort erhalten und seiner Freude über die Uebereinstimmung seiner Meinung mit der der Anwesenden Ausdruck gegeben hatte, dankte der Vorsitzende Herr Moncorps nochmals Herrn Oberamtmann Ring für seinen Besuch und den sehr interessanten Vortrag. Mit der Bitte an die Mitglieder, bei der nächsten Versammlung ebenso zahlreich zu erscheinen wie zu der heutigen, schloss er die Versammlung um 11 Uhr.

Robert Moncorps.

Th. Meyer.

Verbandsgruppe Westfalen und Lippe. Versammlung in Hagen (Westf.) den 8. Dezember 1895. —(Eingegangen am 17. Dezember). Der Obmann eröffnet die Versammlung um 3¹/₄ Uhr nachmittags, begrüsst die Erschienenen und verliest das Protokoll der letzten Gruppenversammlung zu Münster, gegen dessen Fassung sich nichts zu erinnern findet. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Besprechung allgemeiner gärtnerischer Fragen, wird wiederholt bedauert, dass seitens einer grossen Mehrzahl der Züchter und Grosshandlungen an Private Waarenangebote ergehen, bei deren Preisstellung die Handelswelt sehr geschädigt wird. Der Handelsgärtner, in den meisten Fällen dem Abnehmer gegenüber verantwortlich für Keimfähigkeit der Samen, Verwachsen gelieferter Bäume, Sträucher und dergleichen, ferner für Sortenechtheit sämtlich gelieferter Waaren, ist, will er sich gute Kundschaft erhalten, ersatzpflichtig für, auch theilweise ohne sein Verschulden, entstandene Schäden. Hat er die Waare glücklich an den Mann gebracht, sind ihm durch Eingehen dieser oder jener Sachen (Rosen etc. etc.) keine Verluste entstanden, hat er oft lange Zeit Kredit zu geben und schätzt sich glücklich, werden ihm bei Zahlungen keine Abzüge gemacht. Der Züchter oder Grosshändler hingegen hat meist auf Grund seiner Verkaufsbedingungen binnen kurzer Zeit ohne jeglichen Abzug sein Geld. Selbsthilfe ist hier am Platze. Es wird gewünscht, möglichst bei solchen Firmen zu kaufen, deren Geschäftsgrundsätze reell und entgegenkommend sind; ferner wird gewünscht, die Namen derjenigen Firmen bekannt zu geben, die durch Lieferung geringer Waare oder sonstiges Gebahren die